

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Bestellung ohne Bestellgebühr monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Straßenschild 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verleger: Kurt Nordens 2295 und 2296.

Interate sollen die achtgepalt. Nonparillische oder deren Raum 1,20 M., Wortanzahl bei betragender Wort 30 Pf., jedes weiterer Wort 25 Pf. Leerungsgebühr 80 Proz. Familien- und Versammlungsanzeigen sind der Zustellung frei. Internat für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition angesetzt sein.

Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Verleger: Kurt Nordens 2295

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Aufhebung des Koniker Urteils.

Ein Erfolg unserer Kritik.

In ziemlich verdeckter Stelle berichtet die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in ihrer Donnerstagsausgabe: Paris, 28. Mai. Das Gericht der 69. Infanterie-Brigade hatte 8 Missetäter des Infanterie-Regiments 175 wegen Missetaten zum Tode und 49 Soldaten zu je 19 Jahren Zuchthaus verurteilt. Es handelt sich bei diesen 57 Leuten um Angehörige des Jahrganges 1899, denen am 15. März durch ihren Vertrauensmann erklärt worden war, sie würden am 30. April entlassen. Am 7. April wurde aber den Leuten bekanntgegeben, daß im Bereich des 17. Armeekorps der Jahrgang 1899 noch nicht entlassen würde. Die Soldaten verzweifelten daraufhin den Dienst und verlangten ihre Entlassung. Der Soldatenrat von Weichow wandte sich sofort nach Bekanntgabe des Urteils an den Reichswehrminister und teilte ihm mit, daß der Tatbestand der Missetaten nicht vorhanden sei, die jungen Leute hätten ihre Baracken nicht verlassen und auch keine Angriffe auf Vorgesetzte ausgeübt. In dem Scheitern an-Rolle wurde die Zusammenfassung des Kriegsverurteilten und die Verhandlungsführung als leichtfertig kritisiert. Auch der Dänische Volksgesundheitsrat hat sich sofort an den Minister gewandt und um Aufhebung des Todesurteils an den 8 Leuten gebeten. Daraufhin ist das Urteil aufgehoben und eine nochmalige Verhandlung angeordnet worden. — Das Gericht der 35. Division in Danzig verurteilte 12 Grenadiere wegen eines ähnlichen Falles zu je 9 Monaten Gefängnis.

Diese Meldung bestätigt vollständig das, was wir am 27. Mai mitgeteilt haben. Die „Reuterei“ hat darin bestanden, daß die Soldaten entgegen den Zusicherungen ihres Vertrauensmannes nicht entlassen worden sind und darauf bestanden, daß diese Zusicherungen imgehalten wurden. Deshalb sind 8 Soldaten zum Tode und 49 Soldaten zu je 19 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Es stellt sich jetzt heraus, daß in dieser Sache mit unerbittlichem Eifer und Eifer gearbeitet worden ist. Hier ist man offensichtlich, daß die Soldaten nur deshalb bestraft worden sind, weil sie die Fortsetzung des Dienstes verweigerten. Dann wurde mitgeteilt, daß außer den acht Soldaten, die zum Tode verurteilt wurden, weitere 42 zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt worden sind. Jetzt erzählt man endlich, daß es nicht Gefängnisstrafen, sondern Zuchthausstrafen von geradezu barbarischer Länge waren, die über diese Soldaten verhängt worden sind, und es waren nicht nur 42, sondern sogar 49 Mann, die von diesem Schicksal betroffen worden.

In welchem Sinne steht jetzt der „Vorwärts“ da? In seiner Abendausgabe vom Dienstag hat er behauptet: Diese Geschichte ist nichts anderes, als eines der zahlreichen verlogenen Tendenzstücke, auf die sich die „Freiheit“ mit wahren Heldentum stützt. Und dann teilt das Blatt mit, daß die Leute sich „an einem phantastischen Aufstand gegen ihre Offiziere beteiligten“ und daß die 8 Mann auf Grund des Missetatenparagrafen des M.-S.-G. als Missetäter zum Tode verurteilt worden seien. Das Blatt hat dann weiter geäußert: „Mindestens ist die „Freiheit“ hier abermals hereingelegt worden. Sie hat es natürlich unterlassen, darüber Erkundungen einzuziehen, weil ihr sonst ein wichtiger Stoff entgangen wäre.“

Man zeigt sich, wer in Wirklichkeit gelogen hat. Wenn wir nicht das Bluturteil von Konik an das Licht der Öffentlichkeit gezogen und Lärm geschlagen hätten, dann wären möglicherweise die 8 „Missetäter“ dem Tode verfallen und die anderen 49 Soldaten schmachteten hinter Zuchthausmauern. Erst durch unsere Veröffentlichung ist die Möglichkeit geschaffen worden, die Soldaten vor dem Verderben zu retten und sie dem Leben zurückzugeben. Der „Vorwärts“ aber hat dieses Bluturteil verteidigt, er hat sich auch in diesem Falle zum Schutze des Militarismus und der Offizierskamarilla aufgeworfen!

Wie unfähig aber die Regierung und ihre Kaskaden selbst im Lügen sind, das geht aus folgendem hervor: Am Mittwoch Abend wurde von „zufälliger Stelle“ folgendes mitgeteilt:

Das Urteil unterliegt zurzeit der Prüfung durch den Präsidenten des Reichsmilitärgerichts. Den Beteiligten steht es nun noch die Berufung des Reuabigungs-Gesetzes, das durch den Reichspräsidenten angeordnet wird.

Die „zufällige Stelle“, also wohl das Reichswehrministerium, scheint noch nicht einmal über die Angelegenheiten ihres eigenen Ressorts unterrichtet zu sein; wie kann man von ihr verlangen, daß sie sich um solche Kleinigkeiten kümmert, wie die Todesurteile gegen 3 Soldaten und die Zuchthausurteile gegen andere 49 Soldaten eine ist? Das Armeekorps-Verordnungsblatt vom 1. März 1919 (Nr. 21) hat eine Verordnung veröffentlicht, unterzeichnet von Ebert und Scheidemann sowie dem Kriegsminister Reinhard und dem Unterstaatssekretär Göhre, deren zweiter Abschnitt so lautet:

„Das Recht der Strafmilderung und des bedingten und unbedingten Straferlasses hinsichtlich der Angehörigen der Marine und des preussischen Kontingents sowie hinsichtlich der feldgerichtlich verurteilten Ausländer wird auf den Präsidenten des Reichsmilitärgerichts übertragen. Das Recht des Straferlasses schließt auch das Recht der Wöschung von Strafvermerken im Strafregister und in den militärischen Listen in sich.“

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.“

Nach dieser Verordnung wird das Begnadigungsrecht also nicht, wie die „zufällige Stelle“ behauptet hat, vom Reichspräsidenten, sondern durch den Präsidenten des Reichsmilitärgerichts ausgeübt.

Prunkhaft, Unfähigkeit und Verlogenheit haben sich in diesem Falle zusammengetan, um die Gerechtigkeit irrezuführen und die Beseitigung eines Schandurteils zu verhindern!

Ein Urteil über die Lage in Europa.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

Paris, 29. Mai.

Frank Vanderlip, der bis vor kurzem eine hohe Stellung im Washingtoner Schatzamt innehatte und zu den erfahrensten Finanzleuten Amerikas gehört, äußerte sich in einer öffentlichen Rede bei einem Dinner im Hotel Ritor in Newyork über die Situation im alten Europa, wie sie sich ihm nach einem Besuch europäischer Hauptstädte darstellt:

Mein Eindruck ist, daß England von der Revolution bedroht ist, die auf ein Paar Jahre im Februar d. J. ausgebrochen wäre. Die allgemeine Lage in Europa wird sich im nächsten Jahre kaum bessern, wegen der fürchterlichen Zersplitterung der Arbeit und der weitgehenden Abschließung der für die Landwirtschaft notwendigen Tiere. Amerika allein kann Europa vielleicht retten, und seine Hilfe müßte sich gleichmäßig auf alle Staaten Europas verteilen.

Eine deutsche Gegenforderung?

Paris, 28. Mai. (Reuter.)

Es veranlaßt, daß die Deutschen gegenüber den Forderungen der Alliierten eine Gegenforderung von 12 850 000 000 Mark für den durch die Plakate ungerichteten Schaden vorlegen werden.

Die Internationale gegen die Judenpogrome.

(Privattelegramm des „Freiheit“)

Stockholm, 27. Mai.

Namens der Internationalen sozialistischen Exekutivkomitees richtete Camille Guymans, der Sekretär der sozialistischen Internationale, einen Appell an die Labour Party in England und die Sozialistenpartei in Frankreich, allen Einfluß auszuüben, den sie in den Ausschreitungen gegen die Juden anderer Länder des Ostens Gehalt zu tun.

Abbau der Wiener Volkwehr.

Wien, 28. Mai. (Correspondenz.)

In der heutigen Vollversammlung der Soldatenräte der Wiener Volkwehr folgte auf den Bericht des Staatssekretärs des Heereskanzlers Dr. Deutsch über den Abbau der Volkwehr eine lebhafteste, heftigste erregte Ansprache. Die von der geistigen Versammlung angenommene Entscheidung, den Abbau der Volkwehr nicht zur Kenntnis zu nehmen, wurde am 17. gegen 17 Stimmen abgelehnt, dagegen ein Antrag angenommen, laut dessen die Vollversammlung sich mit dem Abbau der Wiener Volkwehr um 25 Prozent mit gewissen Modifikationen einverstanden erklärt.

Törichtes Gebahren.

In den „Vorwärts“-Spalten räumte es wieder mächtig nationalst. Am Sonnabend brachte er einen Artikel gegen die Regierung und die Friedensdelegation, in dem in schöner Uebereinstimmung mit „Deutscher Tageszeitung“ und „Täglicher Rundschau“ gelobt wurde, daß die deutschen Gegenforderungen zu weit gingen. Der „Vorwärts“ hält den Versuch des Grafen Brockdorff-Rantzau, den Gegnern auszuweichen, als zu weichen Grenzen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands ging, und so eine Basis für ernste Verhandlungen zu schaffen, für „politisch gefährlich“, und hätte es offenbar lieber gesehen, wenn die deutsche Antwort wieder in hochstehenden Nebenbarnen nach Art der Brockdorff-Rantzau des Herrn Erzbergers bestanden hätte.

Ist dieser Tadel nur unmaßbar töricht, so ist es unmaßbar leichtfertig, wenn der „Vorwärts“ jedam die Forderung aufstellt, daß der deutsche Gegenforderungen als eine Art Ultimatum zu betrachten sei, zu dem die Gegner nur ihre Zustimmung geben dürften. Ein solches Gebahren wäre natürlich die sicherste Methode, überhaupt zu keinen Verhandlungen zu kommen. Denn das Recht es so anzusehen, daß Herr Stamper die Angehörigen der Endente fürchtete, weil er dann um seine „heroische Gestalt“ fürchtete, daß die Zahl derjenigen, die seine Politik, Deutschland das Schicksal Belgiens zu bereiten, als Opfer der Tollheit betrachten, außerordentlich zunehmen würde. Es ist jedenfalls charakteristisch, daß das Blatt der Berliner Arbeiter, dessen Haltung in dieser Frage auch von der rechtsozialistischen Berliner Arbeiterpartei nicht abwich, in diesen entscheidenden Tagen nicht als nationalstischer Antreiber fungiert und die Regierung mit allen Kräften in die Katastrophe hineinzieht.

In diesen Rahmen paßt auch das Gerwäch, das der „Vorwärts“ seinen Lesern über die Schuldfrage vorlegt. Er stützt auf russischen Veröffentlichungen verschiedene Behauptungen von Entente-Staatsmännern, um zu beweisen, daß auch außerhalb Deutschlands imperialistische oder aggressive Tendenzen bestanden hätten. Zweck der Werbung: die Schuld der deutschen Nachbarn an dem Ausbruch des Krieges durch den Nachweis zu verkleinern, daß auch die Andern nicht schuldlos gewesen seien.

Das ganze Gerede ist schon deshalb gegenstandslos, weil der „Vorwärts“ sich wohlweislich hütet, auf die entscheidende Frage näher einzugehen, welche Regierung in den kritischen Julitagen die Verantwortung für den Ausbruch des Krieges zu tragen hat. Wir selbst brauchen uns um diese Geschichtsklitterungen nicht weiter zu kümmern, da wir erst kürzlich das nötige darüber gesagt haben. Der „Vorwärts“ aber scheint es für nützlich zu halten, durch die Betonung der angeblichen Schuld der Andern die nationalstische Stimmung bei uns anzufachen. Dies ist umso unverantwortlicher, als der „Vorwärts“ zudem genau weiß, daß gerade solche Erörterungen im ganzen Auslande den übelsten Eindruck machen. Mit Recht, denn sie gelten als Beweis, daß das deutsche Volk noch immer nicht beareifen will, wech ungeheures Verbrechen die Nachbarn damals durch die Ablehnung aller Vermittlungsversuche und die frevelhafte Leichterfertigkeit Entlassung des Krieges begangen haben. „Reiter-Sozialisten“ hat das Ausland die Scheidemann getauft, weil diese seit dem 4. August zu den festesten Stützen der wilhelminischen Politik attrahierten, weil ihre Wortführer wie David sich alle offiziellen Lügendarstellungen über den Ursprung des Krieges zu eigen machten und unablässig sich mühten, dem deutschen Volk die Wahrheit zu verbergen. Nach der Revolution haben dieselben Leute dann eine Heilung es für nützlich gehalten, über die gestürzten Nachbarn zu schimpfen, zugleich aber haben sie verhindert, daß die Dokumente über den Kriegsausbruch veröffentlicht und die Schuldigen wirklich zur Verantwortung gezogen werden — vor einem deutschen Revolutionsgericht, das kein Bedürfnis und kompetent gewesen wäre, einen solchen Prozeß zu führen. Das Doppelspiel legen sie keinem fern. Einerseits müßten sie, die Ruhnieher der Revolution, sicher keine Heuchfertigkeit der gestürzten Gewalt. Andererseits müßten sie auch nicht selbst als betrogene Betrüger dastehen. Daher ihre Dinterhältigkeiten und Doppelzüngigkeiten in der Schuldfrage, die Reichsministerkammer hat

Dokumente, die Klärung von der Frage der subjektiven Schuld und der politischen Verantwortung auf die ganz allgemeinen objektiven Voraussetzungen, die im kapitalistischen System Kriege möglich machen.

Die Internationale aber kann daraus ersehen, daß die „Maler-Sozialisten“ nach der Revolution gelassen sind, was sie während des Krieges waren, und sie wird die Frage zu beantworten nicht umgeben können, ob für solche „Sozialisten“ in ihren Reihen noch Platz ist.

Die Totengräber des Kapitalismus.

Im „Populaire“ vom 20. Mai schreibt Genosse Besevte anlässlich der Tatsache, daß die französische Deputiertenkammer zu den bisher ausgegebenen 40 Milliarden Papiergeld und weiteren 27 Milliarden laufenden Staatsverschulden, abgesehen von den ungeheuren Kriegsschulden, die Ausgabe weiterer 3 Milliarden Papiergeld genehmigt hat. Finanzminister Mauras ist in Unruhe. Er sieht die Revolution kommen. Er hat recht. Er fürchtet, daß sie in dem Augenblick ausbricht, wo man anfangen wird, zu bemerken, daß die Deutschen nicht die ganze ungeheure Schuldlast bezahlen können. Er hat recht. Dem erscheint als böses Vorzeichen, das ganz besonders ihm verhängnisvolle Ausblick eröffnet, die Tatsache, daß die wichtigste Klasse der Beamten und Keinen Angestellten, die bis jetzt die Stütze des bestehenden Staates war, sich jetzt an die Arbeiterklasse angegeschlossen hat.

Er hat recht. Denn die Formierung des Bürgerturns ist im Gange und der Streik der französischen Dankbeamten ist ein wichtiges Stadium in der Geschichte der französischen Arbeiterbewegung. Andere Städte werden noch auf diesem unantastlichen Block abdrücken. Die kleinen Handelsleute, die Intellektuellen und, je weniger die jetzige Wirtschaftslage sie begünstigt, auch die armen Handlanger werden sich mit den Augen Beamten, mit den ernsten Gelehrten, mit den Sozialistenproletariats der Dankbeamten vereinen und alle diese Elemente werden sich in der ungeheuren Menge derer befinden, die darüber unwillig sind, daß der Krieg sie um nichts weiter als für patriotisches Zeug bereichert hat. Ebenso werden andere überall erheben, daß sie durch Kampf ihre Gehälter erhöhen können, sie, die bisher so stolz auf ihr bürgerliches Reutere waren. Diejenigen, die in dem Militärdienst ihre Genossen im Todeskampf haben, wissen, warum sie verändert sind und wie sie, die Manninger aus dem Jahre 1914, verändert sind.

Und wie schnell geht alles vor sich. Der mittlere Mittelstand, der so zahlreich war und so hartnäckig an alten Traditionen festhielt, ist jetzt proletarianisiert worden oder im Begriff, es zu werden. Er sieht, daß der Reichthum in den Händen einer gewissenlosen kleinen Oberschicht konzentriert ist, daß die Staaten Europas durch die Kurst vor dem Staatsbankrott erbeben, denn Bankrott, Hungernot und Epidemien folgen dem Reize auf dem Fuße.

Genosse Paul Mirral schreibt zu derselben Frage: Die wahnsinnige Verwirrung der Staatskassen hat man bisher mit Hilfe der Notenpresse und mit Hilfe eines Zwangskurses zu steuern versucht. Aber der kritische Augenblick tritt jetzt ein, wo man das Papiergeld eigentlich aus dem Verkehr ziehen müßte. Anstatt unsere Regierung gern an dem Abgrund vorbei, an den die kapitalistischen und imperialistischen Kräfte Frankreichs dies Land geführt haben, und jetzt ist man über die Folgen erschrocken, die die finanzielle Lage heraufbeschworen hat, aber trotzdem kann sich die Regierung nicht entschließen, die profitierere Bourgeoisie aufzufordern, das Opfer zu bringen, das sie schuldig ist. Doch bald wird die verhängnisvolle Stunde herankommen, wo der ungeheure Papiergeldberg eingestürzt werden muß. Und man wird die Forderung kennen müssen, daß man sich die Milliarden der Bank von Frankreich bald erschöpfen lassen, daß Geld dort nehmen müssen, wo man es findet. Der Finanzminister ist der beste Totengräber des kapitalistischen Regimes.

Die Totengräber sind in allen Ländern, den besagten und den übrigen, am Werke. Der Kapitalismus, der den Weltkrieg heraufbeschworen, geht an des unerbittlichen Ausbeutes seiner Dambation zugrunde.

Systematische Fälschung.

Die Schwabpolizei der Scheidemannschen Regierung schenkt sich nach einem neuen Quitt. Die Lockvögel sind eilig an der Arbeit, um das erforderliche Material zusammenzutragen. In der Presse wird seit einigen Tagen die Stimmung für den neuen Krieg vorbereitet. Man spricht von neuen Aufstandsplänen, von einem bevorstehenden Generalkrieg. Die Massentruppen haben bereits einen Ring um Berlin gezogen und harren der Arbeit. Da sich einweilen noch keine Gelegenheit zu einer größeren Aktion bietet, läßt sich die arbeitssame Militärration, um die Zeit nicht ganz tot zu schlagen, in der ungeschicklichen Auflösung von Versammlungen und anderen Reanourkürzen. Von allen Seiten wird gebotet und geschrien, um die Arbeiterklasse zu zeigen und zu verblüffen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ weiß sogar zu melden, daß auch in Magdeburg ein größerer Aufstand geplant sei, mit dem ungeheuerlichen Ziele — die Regierung zu beseitigen! Sie will von der Bildung einer roten Garde, von der beabsichtigten Festlegung von Geiseln, von dem ganzen Revolutionsplan wissen, der in spätestens 14 Tagen durchgeführt werden soll. Zugleich will sie vernommen haben, daß französische Sozialisten sich in Berlin aufhalten, um mit Unabhängigen und Kommunisten zu verhandeln. Welch böses Verbrechen, wenn es keine Lüge wäre! Trotzdem: „Die Untersuchungen darüber sind im Gange.“

„All diese verlogenen Meldungen und Räubergründeln bedeuten nichts weiter, als eine systematische Suche gegen die revolutionäre Arbeiterkraft. Die Regierung sucht den Boden unter den Füßen zu wanken. Immer mehr verliert sie durch ihre heftige Politik das Vertrauen der Massen. Eine Gewaltaktion, die mit einem Überfall der Arbeiterklasse enden würde, könnte ihr daher sehr zufließen kommen, könnte die Lebensfähigkeit dieser Regierung um einige Monate verlängern. Aber sie soll vergebens darauf warten. Die Arbeiterklasse wird sich nicht provozieren lassen, und wenn die Regierung hinter jedem Unabhängigen einen Spion betreibt.“

Eine läbliche Ausrede.

Unter der Ueberchristi: Was bedeutet das? veröffentlichten wir in der gestrigen Morgenausgabe einen Einberufungsbefehl des Bezirkskommandos Mejerik. Wir warfen dabei die Frage auf, welche Verwendung die Kolonnen finden sollen, deren Bildung vom Generalkommando angeordnet wird und für die das Bezirkskommando zwangsweise alle Soldaten einzuziehen gedankt. Das W. L. W. verbreitet nun zu dieser Frage von „maßgebender Seite“ folgende Antwort:

Die Antwort ist einfach. Der Abschluß der Friedensverhandlungen kann von uns gefördert werden. Zur Freimachung bestimmter Zonen, wie dies aus dem Friedensvertrag aufgetragen ist, bedarf es keineswegs der Wiedereinführung der Dienstpflicht. Denn wir haben genug Freiwillige, die den Militärtransport der Heereskörper vollstauschwerflichen können. Die Antwort der „maßgebenden Stelle“ ist darum höchst ungenügend, ja sie bestreift direkt unsere Auffassung über die Vorbereitung kriegerischer Ereignisse im Osten.

Eine plumpe Ausrede, die, wie alle offiziösen Dementis, um den Kern der Sache herumgeht. Für Freimachung bestimmter Zonen, wie dies aus dem Friedensvertrag aufgetragen ist, bedarf es keineswegs der Wiedereinführung der Dienstpflicht. Denn wir haben genug Freiwillige, die den Militärtransport der Heereskörper vollstauschwerflichen können. Die Antwort der „maßgebenden Stelle“ ist darum höchst ungenügend, ja sie bestreift direkt unsere Auffassung über die Vorbereitung kriegerischer Ereignisse im Osten.

Unter dem Terror des Belagerungszustandes.

Wolgastadt, 1. Br., 20. Mai. Auf Grund des § 9 des Belagerungszustandsgesetzes werden alle gegen das Deutschtum und die Regierung gerichteten Umgebungen und Umtriebe in den unter Belagerungszustand befindlichen nach den Friedensbedingungen der Halbselbstverwaltung unterworfenen Gebieten verboten. Alle Parteifreilichkeiten sind vor der Sorge, diese Gebiete vom deutschen Vaterlande zu erhalten, zurückzustellen.

Während des Krieges hat man wahrlich genügend die freie Entfaltung der öffentlichen Meinung unbedrückt, die Stimme des Volkes gegen die Politik der Regierung erdrückt. In einer derartigen Herausforderung jedoch, auf Grund des vorläufigen Belagerungszustandes, kurzgehand jedes Wort gegen die Regierung, ja, jede Parteifreilichkeit zu verdrängen, haben sich selbst die wilkoministischen Machthaber glücklicherweise nicht angeschlossen. Das Glat der „sozialistischen Revolutionärsorganisation“ vorbehalten.

Diese Regierung, der es schließlich vor der wahren Stimmung des Proletariats zu passen beginnt, braucht ein Notwehrmittel gefunden zu haben, um sich im Besitz der Macht zu erhalten, indem sie einfach jeden Angriff gegen sie, jede Kritik ihrer Handlungen, verbietet. Das ist dieselbe Regierung, die sich das Recht herausnimmt, gegen die Wünsche der englischen Kommandanten im belagerten Gebiet, nichts gegen die Belagerungszustände zu schreiben, im Wiederstand zu protestieren.

Die Verhandlungen mit Österreich.

Wolgastadt, 20. Mai. Die Heberzeugung des Friedensentwurfes an die österreichische Abordnung findet am Freitag um zwölf Uhr mittags statt. Die Anwesenheit dieser Sitzung ist sehr festgelegt und entspricht ungefähr der vom 7. Mai. Die Sitzung wird Elemente an die Sitzung mit einer kurzen Ansprache eröffnen, und es wird eine Antwort des Staatskanzlers Kerner erwartet. Die österreichischen Abgeordneten werden wie die deutschen in den Verhandlungen geführt. Dasselbe überreicht während der Rede Klementen von Text der Friedensbedingungen. Die Sitzung soll nur zwanzig Minuten dauern.

Minister des Reichens Pichon bewilligt gestern Schloß Saint Germain und namentlich den Esal, in dem die Heberzeugung stattfinden soll.

Die französische Presse soll morgen abend einen Rufung erhalten. Heute findet am Quai d'Orsay eine Sitzung statt, an der die Vertreter aller Parteien, die an der Lösung der österreichischen Frage beteiligt sind, teilnehmen. In dieser Zusammenkunft wird den Vertretern Kenntnis vom Inhalt des Friedensentwurfes mit Österreich gegeben. Auch „Welt Journal“ soll die Plumer Frage der Lösung entgegenstellen. Die Einwirkung sei in Bezug auf alle politischen Fragen registriert worden. Es seien nur noch einige wirtschaftliche Fragen zu lösen, namentlich hinsichtlich der Verletzung des Hafens und Regelung der Zulassungswege zum Hafen.

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“)

Wolgastadt, 20. Mai. „Humanität“ protestiert heftig gegen die Bedingungen, weil sie ungerecht und allen schmerzhaften Entenentsagen widersprechend sind.

Einsetzung eines französischen Friedensauswärtigen.

Wolgastadt, 20. Mai. Pariser Blätter melden, daß der Antrag des Deputierten Damour auf Einsetzung eines Friedensauswärtigen der Kammer, welcher die Friedensverhandlungen prüfen soll, von der Kammer angenommen wurde.

„Matin“ meldet aus London, daß das französische Schwärzmeergeschwader, dessen Kommando, wie bekannt, vor Sebastopol teilweise gemindert und die rote Flagge gezeigt hatte, in London eingetroffen ist. Der Führer des Geschwaders, Vizeadmiral Amet, wurde vom Reichminister sofort dringlich nach Paris berufen.

Chinas Protest.

Wolgastadt, 20. Mai. Dem „Algerischen Handelsblatt“ zufolge lautet der Text des Protestkriegsprogramms, das die Vertreter Chinas auf der Friedenskonferenz in der Schantungfrage an den amerikanischen Kongreß geschickt haben, folgendermaßen: Der Friedensvertrag läßt alle Rechte, über die Deutschland in der chinesischen Provinz Schantung verfügt, ohne Einschränkung auf Japan übertragen. Daraus folgt, daß Amerika und die Alliierten den preußischen Geist, den sie in der ganzen Welt verbreiten wollen, in China zu Gunsten Japans beschreiben

lassen wollen. Wenn an dieser wirklich fraglichen Regelung gehalten werden sollte, so würde dies zweifellos die ernstlichen Folgen haben. Es würde entweder der ganze chinesische Volk zu Menschen und wirtschaftlichen Hilfsmitteln unter japanische Herrschaft geraten, oder China würde davon absehen müssen, Waffen zu schlingen, und gezwungen sein, die Waffen zu ergreifen.

Verständigung mit Italien.

Wolgastadt, 20. Mai. „Daily Herald“ meldet: Als Ergebnis der wichtigen Verhandlungen, die Oberst House geführt hat, könne der Vertrag abgeschlossen werden, daß Italien den Friedensvertrag sowohl mit Deutschland als auch mit Österreich unterzeichnen werde, jedoch mit gewissen Vorbehalten bezüglich der Regelung der abstrakten Frage.

Das englische Proletariat gegen den Imperialismus.

Die Abgeordneten des industriellen Dreilands in England, der großen Eisenbahner, Bergarbeiter- und Transportarbeiterverbände, haben sieben einen wichtigen Schritt bei der Regierung in London unternommen. Die ihren Organisationen beauftragt, haben sie einen Kommissar des abwesenden Lloyd George auszuwählen, die Zwangsmaßnahmen und die obligatorische Dienstpflicht aufzuheben, sowie auf jede bewaffnete Intervention in Rußland zu verzichten.

Die „Humanität“ bemerkt dazu: Der Augenblick konnte für nicht besser gewählt sein, denn die britischen Streitkräfte im Wasser spielen eine sehr charakteristische Rolle in dem Dänischen Golf, und Moskau ist das Zentrum der Kurantkräfte, die nicht werden. Diese Angriffe des englischen Proletariats, nach dem es kurz vorher durch die Drohung mit dem Generalstreik seine wirtschaftliche Lage verbessert hat, zeigt seinen Willen in den großen Kämpfen der inneren und internationalen Welt zu bestehen. In ein Zeichen der Zeit. Nur blinde Nansen die Truppen dieses Ereignisses verurteilen, denn es bedeutet, daß auch jenseits des Meeres sich die Macht des Proletariats funktiert.

Wieder eine Schießerei auf Kriegsbeschädigte.

Düsseldorf, 20. Mai. Offiziell wird gemeldet: Bei der gestrigen Rundschau der Kriegsbeschädigten ist es durch das Eingreifen sozialistischer Elemente zu schauerlichen Zwischenfällen gekommen. In verschiedenen Punkten der Stadt wurden Angehörige des Düsseldorf-Regiments von der Menge angegriffen und zum Teil entworfen. Als seitens der Angehörigen Revolvergehäusche hörbar und Handgranaten geworfen wurden, haben die Soldaten mehrere Schüsse ab, wodurch ein Mann und fünf andere Personen verwundet wurden. Bei den Schießereien wurden auch zwei Regimentsbedienten verwundet, von denen einer später starb. In der Stadt herrscht wieder vollkommenste Ruhe, der Streik nachher ist aufgenommen.

Bisher ist in allen ähnlichen Fällen festgestellt worden, daß die weißen Garben die friedlich demonstrierenden Kriegsbeschädigten ohne Ursache gereizt und dadurch Anwesenheit hervorgerufen haben. So erst jüngst im Berliner Lustgarten, wo es nur der ruhigen Haltung der Anwesenden zu verdanken war, daß es nicht zu ernstlichen Zwischenfällen kam. Die Kriegsbeschädigten aber erleben jetzt den „Dank des Vaterlandes“!

Eine britische Behörde gegen Arbeiterforderungen.

Wolgastadt, 20. Mai. Infolge Ablehnung der Forderung der heutigen Arbeiterklasse auf eine einmalige Teuerungszulage hat die britische Behörde gegen Arbeiter die britische Behörde angezogen, welche entschieden, daß die Forderung für alle Arbeiter nicht erfüllt werden könne. Die Arbeiterklasse hat sich darauf gestern abend den fortwährenden Generalkrieg, dem von der britischen Behörde der Streik verboten wurde. Der Aktionsausschuß wurde heute morgen von der britischen Behörde auf das Rathaus besetzt und ihm erklärt, daß er sich bewähren würde, daß er gegen die britischen Anordnungen verstoßen hätte. Der Vorsitzende des Aktionsausschusses bejahte die Frage, worauf die Mitglieder des Ausschusses für verhaftet erklärt wurden. Der General gab am Schluß noch zwei Arbeitervertretern die Erklärung ab, daß jeder, der weitertritt, über die Grenze transportiert werde. Bei der Durchführung des Streikausschusses wurden von einigen Arbeitern Schüsse abgegeben und sehen einer Irrengeheiratung entgegen. Heute abend findet eine Versammlung statt, in der über die Anordnungen der britischen Behörde Mitteilung gemacht werden soll. Das Gas- und das Wasserwerk werden durch die Beamten in Betrieb gehalten.

Wolgastadt, 20. Mai. Infolge des Generalkriegs wurde auf Befehl der britischen Behörde in den Gemeinden Betrieb und Wälden der verstärkte Belagerungszustand verhängt. In beiden Gemeinden sind große Verstärkungen britischer Truppen angekommen, die die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Das Rathaus wurde von den Truppen besetzt.

In Südamerika, wie in Europa!

Wolgastadt, 20. Mai. Aus New York wird gemeldet: Nach Meldungen aus Lima (Peru) sind dort Streikuntersuchen ausgebrochen. Es wurden dabei sechs Personen getötet und zwanzig verwundet. Neben dem ist der Belagerungszustand verhängt worden.

Neuwahl unbeförderter Magistratsmitglieder.

Wolgastadt, 20. Mai. Der Gemeindevorstand der Preussischen Landesversammlung hat Mittwoch beschlossen, die Regierung zu ersuchen, möglichst bald ein Gesetz vorzulegen, nach dem die unbeforderten Magistratsmitglieder und Gemeindevorstände sich einer Neuwahl zu unterziehen haben. Die Regierung hat erklärt, in diesem Sinne mit aller Beschleunigung ein Gesetz vorzulegen. Der weitergehender Antrag, auch zugleich Neuwahlen für die beurlaubten Magistratsmitglieder und Gemeindevorstände anzubekunden, wurde mit geringer Mehrheit abgelehnt, da Ende des Jahres eine neue Gemeindevorstellung bevorzugen werden sollte.

